

Schon die
Nummer

75

RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



September 2025

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Wurde auch die
Jenaer FDP
hereingelegt?

Welche Seite der
Konflikte wird
empfohlen?

Politisch motivierte
Ordnungswidrigkeiten,
und ist dann irgendwas?



Die totalitäre Mentalität am Beispiel der Jenaer Grünen

Stadtgespräch

Menschenfeindlicher Hass, oder vielleicht ja nicht?



In Jena sind Aufkleber angebracht mit dem Text „Anti Cop Action“ und dem Bild einer als einen Brandsatz werfend gelesenen Person. Wir baten die Pressestelle der Jenaer Polizei um die Auskunft: Wird dies in der Statistik für

Hasskriminalität gezählt? Wenn ja, als Fall pro Bildmotiv oder pro angebrachtem Aufkleber? In welchem Spektrum der politischen Kriminalität fließt dies in die Statistik? Hat Ihrer Kenntnis nach schon mal jemand aus der Poli-

tik das Herstellen und Anbringen solcher Aufkleber als menschenfeindlich verurteilt? Gibt es eine Anweisung an die Jenaer Polizei, über Derartiges hinwegzusehen?

Die Polizei antwortete uns: „Grundsätzlich zählen willkürlich angebrachte Aufkleber als sogenanntes wildes Plakatieren und stellen eine Ordnungswidrigkeit dar. Sollte der Inhalt einen politischen Kontext erkennen lassen, wird der Sachverhalt als politisch motiviert mit aufgenommen. Sollten derartige Aufkleber nicht rückstandslos entfernt werden können, handelt es sich um eine Sachbeschädigung. Im besagten Fall wird der Inhalt des Aufklebers der politisch motivierten Kriminalität links zugesprochen.“

Ähnlich verhält es sich auch mit Graffiti. Hier ist immer die Tatmotivation ausschlaggebend. Sollte mehrere Aufkleber in örtlicher Nähe angebracht worden sein, so ist von einer Tatmotivation auszugehen. Daher wird dies unter einem Aktenzeichen erfasst. Adäquat gilt dies für Graffiti.

Bezüglich der Anfrage der Politik betreffend kann hier keine Aussage getroffen werden. Hier wäre eine Möglichkeit sich an die entsprechenden Kreisverbände zu wenden. Derartige Sachverhalte werden, bei Bekanntwerden, aufgenommen und auch straf- oder ordnungsrechtlich verfolgt. Eine von Ihnen angefragte ‚Handlungsanweisung‘ ist nicht existent.“

Ob jemand Menschenfeindlichkeit moniert, spricht sich ja auch schlecht herum. Wir fragten bei der Jenaer Pressesprecherei, ob der Herr Oberbürgermeister bei so etwas Menschenfeindlichkeit erkenne. Können die nicht sagen.

Vielleicht hören wir ja noch von einer Partei, dass sie Engagement gegen Menschenfeindlichkeit betreibt. ●



Die Konflikte zwischen Fahrradfahrern und Fahrradnichtfahrern werden in den Leserbriefen der Lokalzeitung abgebildet

Die Lokalredaktion bemüht sich ständig um die ausgewogene Darstellung der Konfliktlagen und gibt den betroffenen Gruppen eine Stimme. So reagierten Leserbriefschreiber auf den erweckten Eindruck, einige Fahrradfahrer verhielten sich in Ausnahmefällen rücksichtslos.

Das herrschende Meinungsbild dazu ist: Sowieso nicht alle und schon gar nicht repräsentativ, und es gibt auch andere Gruppen im Verkehr ohne Rücksicht.

Das ist ganz sicher so, niemand hat soweit ersichtlich etwas Dahingehendes behauptet oder bestritten.

Nur scheinen die Fahrradfahrer die einzige verkehrsbezogene Gruppe zu sein, die für sich beansprucht, dass es auch andere Verkehrsteilnehmer gibt, bei denen so was vorkommt. Die Fahrradfahrer gucken überwiegend schon so: „Wir haben einen Vorsprung an Verkehrssensibilität!“ ●



Weißer Wolke

Eine ungewöhnlich geformte Wolke mit seltsamen Bewegungen fiel über Jena auf. Die Jenaer sehen darin die Strafe für nicht ausreichenden Klimaschutz.

SPD-Werbung

In Jena und thüringenweit plakatiert die SPD-Fraktion einen Fäkalausdruck für Schule, wenn sie nicht von der SPD-Fraktion politisch kontrolliert wird. Das muss dann so eine Schule gewesen sein, die sie selber erlebt haben. Die Lehrer stimmen zu, wie Helmut Holter damit eingeordnet ist, vermissen aber eine Verbesserung. Die SPD verteidigt sich gegen Kritik, und dies zu Recht, sie hat einfach nur das Übliche gemacht, Staatsgeld privatisiert.

Jena nicht im Lab

Für „Jena for Palestine“ wurde nicht das städtische Stadtlab vermietet. Das hat markenrecht-



liche Gründe, es darf nicht der Eindruck entstehen, Palestine wäre eine Erfindung aus Jena.

Navipanne

Durch eine Fehlnavigation blieb ein Wohnmobil unter einer Fußgängerbrücke stecken. Bezahlbarer Wohnraum unter Brücken ist auch in Jena nicht mehr ungewöhnlich.

KI-Schriftsatz

Der FCC soll einen gerichtlichen Schriftsatz mit Künstlicher Intelligenz erstellt haben, die dafür Urteile zitierte, die sie selbst erfunden hat. Wenn die Wunsch Kandidaten für das Verfassungsgericht durchkommen, wird das die herrschende Rechtsprechung.

Forderbescheid

Die Flüchtlinge in der Lobedauer Unterkunft haben in einem Brief Forderungen an die Stadt gerichtet. So integriert sind sie schon.

Chlorung

Eine höhere Chlordosierung im Trinkwasser ist nötig wegen der Feststellung mikrobiologischer Auffälligkeiten. Erwartet werden Proteste, weil das biologisch ist, wenn auch mikrobiologisch.

Ist die Jenaer FDP auf eine Betrugsmasche hereingefallen?

Wolfgang Kubicki, das ist der bei der FDP mit den lichten Momenten, die er nun in Kolumnen in *Cicero* nicht mehr der Koalitionsdisziplin unterordnen muss, er schreibt und gibt sich auch selbst die Schuld: „Die FDP ist bei der zurückliegenden Bundestagswahl gescheitert, weil sich unsere Wählerinnen und Wähler betrogen gefühlt haben.“

Er begründet es ausführlich und hätte auch noch mehr zu sagen, als in der Kolumne Platz ist, ein bisschen gute Absichten im Koalitionsvertrag beansprucht er doch, die Umsetzung halt.

Wie er meint, nahm die Wählerschaft „den Eintritt in die Koalition mit Grünen und SPD auch nicht wirklich übel. Übel nahmen sie uns dafür umso mehr, was daraus wurde.“

Corona, Lauterbach, Selbstbestimmungsgesetz, Messerverbotzonen, und dann gingen „die Probleme danach umso stärker weiter. Die Ursache war nicht der Koalitionsvertrag, sondern dass die FDP mit dem linken Kulturkampf assoziiert wurde und zu wenig dagegen unternommen hat.“

Man kennt das von Problemen, die gehen meistens nach allem stärker weiter.

Mit dem linken Kulturkampf nicht nur assoziiert zu werden, sondern aktiv dafür einzustehen, darum hat sich die FDP ständig bemüht, nimmt man die Erscheinung der Bundespartei und der Stände der Jenaer FDP für irgendwie maßgeblich.

Oder fehlt uns wieder nur der Einblick?

Wir fragten bei der Jenaer FDP nach, ob sie die Einschätzung von Kubicki, die Wähler fühlten sich

ben gar nicht FDP gewählt, dann betrifft sie das nicht.

Kubicki meint die Warnung



betrogen, teilt und ob sie sich dazu den Betroffenen zählt.

Wieder eine unbeantwortet gebliebene Frage. Vielleicht ist dort gar keiner mehr oder sie leiden am postapokalyptischen Belastungssyndrom. Kann auch sein, die ha-

nicht nur rückwirkend, sondern an die CDU gerichtet. „Kein Trost, sondern eher alarmierend ist, dass die Fehler von Friedrich Merz noch verheerender sind als die unsrigen. Er verliert das Vertrauen nicht, weil er im Koalitionsall-

tag mit der SPD hinter den Wählererwartungen zurückbleibt. Er schreit den Wählern quasi ins Gesicht, dass ihn diese Erwartungen nicht kümmern.“

Das kann jetzt nicht so krass sein bei den CDU-Wählern, die haben genau das gewählt, was sie und alle kriegen. Sie wussten: wer CDU wählt, wählt Friedrich Merz. ●



Ex-Insider der Tagesschau talkt im Turm

Bei einer ähnlichen Veranstaltung an anderem Ort mit anderen Leuten zu ähnlichem Thema sagte der dortige Schreiber seines Buches, da gäbe es etwas von einem, der bei der Tagesschau nicht erfolgreich gewesen wäre und auch ein Buch verfasst hätte.

Wer das jetzt gewesen sein soll, Alexander Teske wohl nicht, der hat selber gekündigt und nicht aus einem Zerwürfnis heraus, sein Buch „*Inside Tagesschau*“, sagt er, wäre nicht als die Abrechnung gedacht, als die es mitunter aufgefasset werde, er habe eigentlich den Zuschauern ganz wertungsfrei etwas von den Abläufen im Nachrichtenwesen darstellen wollen.

Schon das geht nicht mehr in den Haltungszeiten.

In der Tat sind auch die normal gängigen Methoden, wie sie halt sind, interessant zu erfahren, etwa, wie das mit dem Expertenwesen ist. Experten im Sinne von Fachkapazitäten sind selten zu kriegen, weil sie zu tun haben, sie sind meistens nicht telegen und reden nicht in geschliffenen Statements. Zu kriegen sind die, die bereitstehen und genau so von einer Besetzungsagentur vermittelt würden als Darsteller von Experten. Viele managen sich selbst und bieten sich nachdrücklich den Redaktionen an. So kommt es zu den vertrauten Gesichtern der Experten.

Selbstverständlich schreibt niemand den Experten vor, was sie zu sagen haben. Sie sind Experte genug, um das selbst zu wissen. Alexander Teske nennt Fälle, wo ihnen das misslang. Die hören auf, den Expertenstatus innezuhaben. Sie stehen auf keiner schwarzen Liste, sie stehen auf gar keiner Liste.

Wie auch nirgends definiert wäre: hier, das ist der Meinungskorridor, bitte nicht drängeln!

Er ist Folge der Auswahlkriterien und der Arbeitsweisen und der Nachfrage – nicht der Zuschauer

und Geldbezahler, sondern der Geldverwalter.

Alexander Teske ist kein Dissident und will sein Buch als konstruktiven Beitrag verstanden wissen. Er hat nur darüber selber gar nicht zu entscheiden. Ihm wurde verübelt mit all den bereitstehenden Wortschablonen, dass er sich dem Thema widmete, wie die Journalisten sich der Frage widmen, wie sie sich dem Thema Gegenpartei widmen sollen. Entzaubern? Ignorieren? Normal behandeln?

Normal behandeln wäre doch normal, meint er aus professionellem Ansatz. Das allein reicht schon für das große Aha! So einer!

Wer so fragt, ob man die Gegenpartei normal behandeln, ausgrenzen, entzaubern oder ignorieren solle, fragt nicht journalistisch, sondern parteilich. Das sind Aktivitäten nicht von Reportern, sondern von Politikkommissaren.

Es ist einfach nicht möglich, die Gegenpartei professionell normal zu behandeln, aus dem wichtigen Grund, dann müsste man auch die Partei normal behandeln. Dann wär's das für die Grünen. Caren Miosga behandelt Robert Habeck wie einen normalen Politiker, dann braucht sich Robert Habeck gar nicht erst zur Wahl aufzustellen. Anne Will befragt die Kanzlerin journalistisch, dann fallen Haufen und Aberhaufen Fördermittel weg. Und Anne Will wäre umstrittene Talkerin.

Alexander Teske ist da doch noch sehr inside, der innere Abstand ist nicht groß genug, um das, was er darstellt, zu benennen, dass die Informationsdominanz die Machtfrage ist. Er geht noch von den journalistischen Prinzipien aus, die, natürlich, überall Menschen, nie eine völlige Objektivität in der Realität bedeuten können, ja sicher.

Es ist aber ein Unterschied in den Paradigmen, ob man die

Trennung von Fakt und Meinung noch anstrebt und verschiedene Sichten gleichrangig und wertungsfrei zeigen will oder ob man seine Funktion darin sieht, Haltung zu zeigen und zu verbreiten. Die nachgewachsene Generation besteht aus Aktivisten mit Aussicht auf Bezahlung im Öffentlich-Rechtlichen.

Er nimmt die Kollegen noch in Schutz, sie hätten ja keine Zahlen darüber, wie schlagseitig sie selber sind. Die relevante Zahl indes ist 1. Der eine Brei linksgrüner Information.

Wie lange muss man suchen, bis man auf ein propagandistisch gepoltes Informationselement stößt? Nicht lange, das ist die andere Zahl.

Wie groß ist der Hass auf die eine Glasnostreporterin, die als Feigenblatt gehalten wird? Gut, diese Zahl lässt sich nur schätzen.

Veranstalter der Veranstaltung war die Friedrich-Naumann-Stiftung, FDP-nahe Stiftung, das heißt, die steht wohl vor der Privatisierung. Die hätte ihr Programm für Medienfreiheit und Demokratie mal lieber der FDP erzählt. Die Stiftungen der anderen Parteien sind die Kadenschmieden und Weichspülanlagen für Staatsgeld. Wäre ein schönes Thema. Schauen wir mal, ob in der Zeitschrift „*liberal*“ nach der Liberalisierung derartige Aufdeckungen an ein breites Publikum vermittelt werden.

Der erste interessante Programmpunkt wurde schon von einem Mann im Fahrstuhl geboten, er wunderte sich über ausbleibende Proteste. Als er Friedrich Merz hören wollte, gab es Jusos, Linksjugend, Grüne Jugend und Omas gegen rechts, die ihn als Nazi! beschimpften. Das war, bevor Lars Klingbeil sich nicht vorstellen konnte, wie er mit jemandem Koalitionsverhandlungen führen sollte, der die Finanzierung dieser Leute erfragt hat. ●

Der Kanzler schrieb an die Union: Israel trägt zur Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte in Deutschland bei. Und man ist da am besten für wen?

Der, Stand heute, aktuelle Merz-Kippunkt ist die Einstellung der Waffenlieferung an Israel, was eine Freundschaft mal aushalten könne. Die meisten Freunde liefern einander keine Waffen, das kennt man ja.

Nachdem in CDU und CSU Verwunderung entstand darüber, dass Friedrich Merz nicht damit gerechnet hat, jemand könnte sich darüber wundern, schrieb der Kanzler an Kabinett und Partei einen Brief, der umgehend allen zugestellt wurde. Darin enthalten ist folgender Passus mit Bezug auf die von Israel erzeugte Eskalation: „Diese Eskalation trägt auch zur Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte in Deutschland bei, die wir auch im Sinne unserer Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel vermeiden müssen.“

Rücksicht auf gesellschaftliche Konflikte in Deutschland zu nehmen, ist Bürgerpflicht der Außenpolitik. Nun sind die Konflikte halt da. Wir fragten bei der Pressestelle der SPD-Bundestagsfraktion an, ob die SPD den Befund teile und, wenn ja, zu welcher Parteinahme in den Konflikten sie rate. Ebenso fragten wir bei der Pressestel-

le der Unions-Bundestagsfraktion, die ja nicht erst zustimmen muss, nach der empfohlenen Parteinahme. Auch die Jenaer CDU fragten wir, welche Positionierung sie sich und den Jenaern anempfiehlt.

Vielleicht müssen die alle solche Antworten erst untereinander abstimmen, das ist in der Urlaubszeit nicht möglich. Oder die gehen davon aus, dass einer Seniorenzeitung nicht geantwortet zu werden braucht, weil die Alten sowieso schon ihre vorgeprägte Meinung haben und sich nicht nach der Empfehlung richten würden.

Man sollte aber auch niemandem implizit vorschreiben, bei sei-

ner Meinung zu bleiben, gerade, wenn es um ein derart relevantes Thema geht, von dem man immer hört, dass es eskaliert. Da haben wir also Konflikte in Deutschland, die sich außerhalb der immer weiter klaffenden Schere zwischen Arm und Reich abspielen; eine Forderung, bei den Reichen mehr Geld fiskalisch zu mobilisieren, würde gar nichts bringen. Das wäre nun wieder bei eventuellen Wahlen von Belang.

Zudem könnte es das Sicherheitsgefühl verstärken, wenn man bei der Entscheidung, für welche der Randgruppen man Partei ergreift, sich auf die Regierung berufen kann. Vielleicht ist es ja das, was man ohnehin meinte, und dann kann eine Bestätigung den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Wegen mangelnder Aussicht auf Antwort fragten wir dann gar nicht erst nach der Meinungsfreiheit, deren Beeinträchtigung laut Außenministerium von diesen Amerikanern zu Unrecht moniert wurde. Bei uns kann jeder alles sagen, sagte jüngst Jens Spahn und früher Margot Honecker, wir hätten beim Fraktionschefbüro gern gefragt: Was versteht er unter „kann“? ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Druckerei Schöpfel, Weimar. Gedruckte und verteilte Auflage 6.000 Exemplare

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Wenn Sie sich fragen, wieso Sie so viele Senioren-**AKRÜTZEL** verpasst haben, bitten Sie jemanden aus Ihrem sozialen Analognetzwerk mit Zugang zum Internet, für Sie auf www.seniorenakruetzel.blogger.de zu gehen, wo die letzten Ausgaben ohne Zugangsbeschränkung, ohne Anmeldung und ohne Datenabschöpfung aufmachbar sind zum Lesen am Bildschirm oder Ausdrucken zum Schmökern auf Papier

Wie versteuert der Bürgermeister die Verköstigung am Landtagsbuffet?

AKRÜTZEL war für Sie undercover beim Jahresempfang einer Fraktion

Früher ritten die Vertreter unserer Aristokratie zur gemeinsamen Jagd aus, weil das die einzige Möglichkeit war, den König ohne zeremonielle Zwänge zu treffen, und sie sich untereinander auf Augenhöhe begegnen konnten. Wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Heute wird der Jagdteil übersprungen, es wird ein Empfang angesetzt und es gibt gleich die zubereiteten Leibesfüllungen.

Dreihundertfünfzig Menschen aus dem Subventionsadel, mitunter wohl mit Anhang, nahmen sich frei für die dienstlich wichtige Hofhaltung in entspannter Atmosphäre. Die Ranghöchsten waren, soweit wir die Gesichter zuordnen, Ministerpräsident und Finanzministerin, bei denen es sich dann auch um die beliebtesten Menschen handeln muss.

In den kommenden Zeiten wird

vielleicht jeder eine Flasche mitbringen und Nudelsalat, derzeit sind die Finanzierungen staatsnah. Wir haben keine Kenntnis darüber, welche Aufwendungen oder Anstrengungen eingesetzt werden müssen, um in die geschlossene Gesellschaft Zutritt zu erhalten.

Wie ist das jetzt, wenn beispielsweise ein Dezernent die Einladung zur landtäglichen Veranstaltung annimmt und sich angemessen verköstigen lässt, was ist dann mit dem geldwerten Vorteil?

Steuerliche Vorschriften sind nicht immer logisch herzuleiten, manchmal muss man etwas wie eine Einnahme verbuchen, was man gar nicht wollte oder nie so bezahlt hätte. Gehen wir also davon aus, was aus Grundsätzen der Gerechtigkeit folgen sollte. Dann läge ein Vorteil nicht darin, was der Verbrauch an Speisen und Getränken marktüblich gekostet

hätte, sondern nur in dem Betrag, den man tatsächlich gespart hat, weil man nicht zu Hause gegessen hat.

Wichtiger noch ist, dass Neid auf die Speisung der Bessergestellten völlig deplatziert wäre. Die sind nicht zu beneiden.

Die müssen sich zeigen, um gesehen zu werden, und kriegen nur die immergleichen Gesichter der anderen, die bei Hofe ihre Arbeitszeit vergehen lassen und sich dabei durchaus angestrengt fühlen, zu sehen; der Deal ist, die eigene Wichtigkeit vorzutäuschen, um die anderen in ihrer zu bestätigen.

Das alles sind so welche, die nichts dabei finden, wenn Lars Klingbeil die Notwendigkeit von Steuererhöhungen mit der schlechten Lage begründet.

Ein Abend vergeudeter Lebenszeit für sie, die wir dafür bedauern sollten. ●

Sie werden nicht glauben, was eine Jenaerin denkt, wonach es aussieht

Die Mühlen der Justiz sind sprichwörtlich langsam, aber eben nicht immer, in den Ausnahmefällen erscheinen manche Dinge unglaublich, so dass Sie zu Recht nicht glauben, dass ein Bußgeld mit aller Härte durchgesetzt wird, obwohl die Betroffene meint, die Rechtsmittel wären noch im Laufen begriffen.

Gefühlte Schikane eben, Sie glauben genausowenig wie wir, dass da in unverhältnismäßiger Weise eine Bürgerin ins Visier genommen worden wäre und dass, wie sie es meint, einerseits

DIE SCHIMPFER SCHWURBELN
IMMER NOCH DAS GROLLWORT
CORONADIKTATUR. DAS HEISST
CORONAUNSEREDEMOKRATIE!



Verfahren verschleppt werden und andererseits zugleich die Verwaltung mit Amtsgewalt Fakten schafft, um unter Strapazierung des Rechts einzuschüchtern.

Wenn Sie nun aber hören, dass es im Zusammenhang mit Corona-Protesten war, dann glauben Sie es doch und finden es ganz richtig, dass hart durchgegriffen wird gegen solche.

Doch damit delegitimieren Sie den Staat trotzdem, auch wenn Sie das Unglaubliche gut finden, aber glauben. ●

Einsame Erklärung in sehr offenem Brief

Wir hatten mit Bezug zu der Sprecherin der Grünen Jugend, die über nicht nur intellektuellen Widerstand nachzudenken ankündigte, bei den Jenaer Grünen gefragt, ob deren Widerstand ein intellektueller zu werden verspräche, das Antwortschreiben haben wir im letzten Senioren-Akrützel zur Gänze gebracht, lesen Sie es bitte nach.

Es ist in Ton und Wortwahl konziliant, freundlich gehalten, kein bisschen verrohte Sprache oder Hassrede.

Dem Gehalt nach ist es abgefeimte Machtrhetorik, ein Zeugnis ungebremsen und unbremmbaren Willen zur Herrschaft, wo der Wählerwille nur so lange von Belang ist, wie er zupasskommt und das Gefühl, beliebt zu sein, stützt.

„Als Grüne in Jena richten wir unsere politische Arbeit nicht danach aus, gegen eine einzelne Partei zu sein. Wir treten für etwas ein: für eine sozial gerechte Stadt auf einem bewohnbaren Planeten, für den Schutz von Menschen vor den Folgen des Klimawandels und der um sich greifenden Menschenfeindlichkeit, für die Demokratie.“ Schöner kann eine Programmatik kaum klingen. Die Behauptung der Glaubensanweisungen ist nur leider die Bewertung, die vermeintliche, nicht identisch mit der Politik, außer wenn man die Macht über die Deutung hat, dann kann man festlegen, wie man bewertet wird.

Es ist wie in der Operativen Fallanalyse, Profiler sagen: Die Tat ist das, wo der Täter nicht lügt. Es kommt nicht darauf an, wofür sie sich selbst halten, sondern was sie tun. Die eigene Macht mit dem Wohle der Welt, der Menschheit und der Bevölkerungen zu begründen, gibt keine Legitimation. Die gibt es nur durch ein Wählermandat, um das man geworben hat und das auch die Mitbewerber hätten gewinnen können.

„Dass Widerstand im Ernstfall das letzte Mittel ist, Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen, ist sicher unumstritten.“ Die Verfassung sieht es anders, Widerstand gegen die Abschaffung der

verfassungsmäßigen Ordnung steht drin, die Grundrechte sind Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat, keine Handhabe, gegen den politischen Gegner vorzugehen, den man sich in Bessermenschenrede selber definiert. Aber eine Weltbeglückungssekte kann nicht ohne Feindbilder auskommen, weil die Weltbeglückung vorgespiegelt ist und die Welt sehr oft darin gar nicht vorkommt.

Nachdem sie Luis Fürnberg paraphrasieren, kommt noch das „Sag uns, wo du stehst!“

„Wir konzentrieren uns jedoch darauf, dafür zu sorgen, dass es nicht so weit kommt, und freuen uns, wenn Sie dabei an unserer Seite stehen.“

Kling doch nett. Einladung, an ihrer Seite zu stehen, an der man doch gewiss steht.

Tja, was, wenn nicht?

Es ist ja nicht gerade so, dass darüber nur haltlos vermutet werden könnte, was dann sein würde. Die anekdotischen Evidenzen sind statistisch signifikant.

Ein Angebot zum Plaudern kam auch: *„Vielleicht haben wir ja auch einmal die Möglichkeit, persönlich darüber zu sprechen?“*

Na klar doch. Zu deren Wahl von Ort, Termin, Gesprächsteilnehmern, Publikum und Dekoration, nur mit dem kleinen Bedingungschen: ganzes Gespräch online. Die res publica kann als öffentliche Angelegenheit betrachtet werden.

Darauf kam jedoch nichts mehr.

Das Licht der Öffentlichkeit wäre wohl doch zu grell.

Darum hier, zum ersten Mal im Senioren-Akrützel, eine personenbezogene Erklärung in der ersten Person Singular.

Sie fragen, ob ich an Ihrer Seite stehe.

Ich weiß, in welcher Situation man schwebt, wenn man so etwas von einer linken Partei gefragt wird. Als Nächstes kommt, dass man sich zum Opfer stilisiert.

Wir hatten vor sechsunddreißig Jahren eine Wende, die mir eingebracht hat, dass ich mich so etwas nicht fragen lassen muss. Die friedliche Revolution haben andere für mich bewerkstelligt, mir blieb dann der Entschluss, dass ich nicht noch einmal bei einer Diktatur mitmache, keiner linken, keiner rechten, keiner islamischen, keiner sonstwie begründeten. Das muss an Antifaschismus reichen.

Nicht ich muss Ihnen zeigen, dass ich die richtige Gesinnung habe, Sie müssen uns zeigen, dass Sie nicht Sowjetunion machen. Die Frage ist nicht, ob alle mitmachen, sondern ob Sie jemand sind, dem man ein Mandat anvertrauen kann. Und: nein, sind Sie nicht.

Weil Sie gar nicht ein Mandat wollen. Woher ich das weiß: von Ihnen. Ihren eigenen Bekundungen zufolge stellen Sie Ihre Parteidoktrin über den Parlamentarismus. Dies abzulehnen, ist keine Frage von Gesinnung. Das können Sie sich in der Partei so erzählen und als Wahlangebot machen und Sie können es irgendwie nennen, aber nicht Demokratie, Demokratie ist schon was anderes.

Wir hatten 40 Jahre DDR oder Faschismus. Tut mir leid, dass Sie es von mir erfahren müssen: Wenn Ihre Abwahl Faschismus wäre, würden weder Sie noch Jette Nietzard Widerstand leisten.

Den politischen Gegner zum Feind des Menschheitsfortschritts zu erklären, ist keineswegs neu. Das Feindbild schafft Identifikation. Dass ich dabei an Ihrer Seite stehen könnte, schminken Sie sich bitte ab.

Bernd Zeller

Das interessante Buch



Angst ist kein guter Ratgeber, aber ein guter Lobbyist. Wird Angstmacherei als politisches Mittel eingesetzt, kann die liberale Seite nicht einfach den Bürgern sagen: Habt lieber keine Angst!, damit wäre zwar die Voraussetzung für Realpolitik gemacht, aber noch nichts geschafft, während die ideologisierte Politik es vortäuscht.

Erstaunlich, für wie kleine Zielgruppen Bücher geschrieben werden, dieses für die Anhänger und Vertreter des Liberalismus im freiheitlichen Sinne, die Nachlass- oder Konkursverwalter der FDP. Für all diese wäre es dann auch Pflichtlektüre, würden Liberale nicht das Konzept Pflichtlektüre ablehnen.

In einer solchen Haltung, Zwang und Ideologien zu scheuen, sieht der Autor zugleich die Anfälligkeit, ideologische Politik mitzumachen, wenn die FDP linksgrüne Projekte unterstützte aus Scheu, als andersherum ideologisch zu wirken oder angesehen zu werden.

Die Jenaer FDP meint er offensichtlich nicht.

Markus Vahlefeld
Die Krisenmaschine
Kontrafunkedition, 29 Euro

Top 10

Fragen, die wir nach 75 AKRÜTZEL-Ausgaben immer noch nicht beantworten können

10. Warum stellen die im Wahlkampf nicht jemanden an die Wahlkampfstände, den man wählen könnte?
9. Wer berät die Berater und wie kommt es, dass sie ausgewählt wurden?
8. Hat der Riss zwischen der Gesellschaft und den Leuten soziale Ursachen?
7. Wenn wir eine Frage an eine Institution stellen, wer entscheidet dann, ob jemand darüber nachdenkt, wer sich damit befassen soll, ob eine Antwort erstellt wird?
6. Haben die Jusos Angst, staatsfeindlich zu sein, wenn sie was Normales denken?
5. Die an die Häuserwände gesprühten Schriftzüge, liest die jemand?
4. Was macht eigentlich ein Klimaschutzkoordinator? (Also: was **macht** er?)
3. Reden die Journalisten zu Hause auch so?
2. Sind wir eine Nicht-Regierungs-Organisation, die mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement einen Beitrag zur offenen Debattenkultur leistet?
1. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Leistung eines Amtsinhabers und seiner Wiederwahl?



FRAGE AN DEN AKRÜTZEL-BRIEFKASTEN:

„Die SPD will doch Partei für die Arbeiter sein, ich versteh's nicht!“

Ja wenn man das glaubt, kann man es nicht verstehen. Kann vorkommen; sogar in der SPD gibt es Restbestände von manchen, die diesem Irrtum aufsitzen, so wie die beiden Thüringer Landräte, die sich mit dem Vorschlag hervorwagten, die Leistungen für die künftigen Beitragszahler und Pflegekräfte als Darlehen zu geben und nicht als bedingungslose Einkommenszahlung. Sozusagen BIFöG, Bundesintegrationsfördergesetz, spätere Verrechnung mit den Leistungen, die von Experten angekündigt wurden.

Entspräche ja auch dem, was Marx gesagt hat, was es ist, worüber das Individuum Teilhabe an der Gesellschaft hat. Arbeit.

Na das Theater. Die Jusos. So schnell konnten sie dann doch noch aufschreien. Rücktrittsforderungen, das Vollprogramm, jedenfalls in Ansätzen, es muss eine parteiinterne Mäßigungsanordnung gegeben haben. Falsche Ideen verbreiten sich auch durch Protest gegen sie, dabei gibt es sie am besten gar nicht, sie entstehen aus dummen Gedanken, auf die wieder andere gebracht würden.

Hier nun klafft die Schere in der Wahrnehmung. Wäre der Vorschlag nicht im Sinne derjenigen, die mit ihrer Arbeit die ganzen Ausgaben bezahlen? Ist die Gleichstellung der Arbeitenden mit den Nichtarbeitenden nicht unsozial und unsolidarisch und gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet, für die doch die SPD eintreten will?

Du liebe Güte, da muss man sehr viel mehr Zeit haben als die Arbeitenden, wenn man solche Überlegungen anstellt.

Eine Partei der Arbeiter ist nicht deren Interessenvertretung und sieht sich nicht als deren Instrument, sondern deren Avantgarde. Die Partei ist die Vorhut der Arbeiterklasse, nicht die Arbeiterklasse. Oder war es, damals, zu der Zeit, als die Arbeiterklasse

versprach, die führende Klasse zu werden. Damals sicherte man sich die Führungsstelle der demnächst Herrschenden. Rein zahlenmäßig konnte nichts schiefgehen, Mehrheiten sind bei den Vielen zu erzielen. Damit war dann auch die Arbeiterbewegung erledigt, durch

die Unterwanderung der Partei. Und die Partei litt an der Enttäuschung, von der Arbeiterschaft im Stich gelassen worden zu sein.

Dann sucht man sich andere Gruppen, die es zu vertreten gilt. Am besten keine großen, die machen nur Ärger. ●

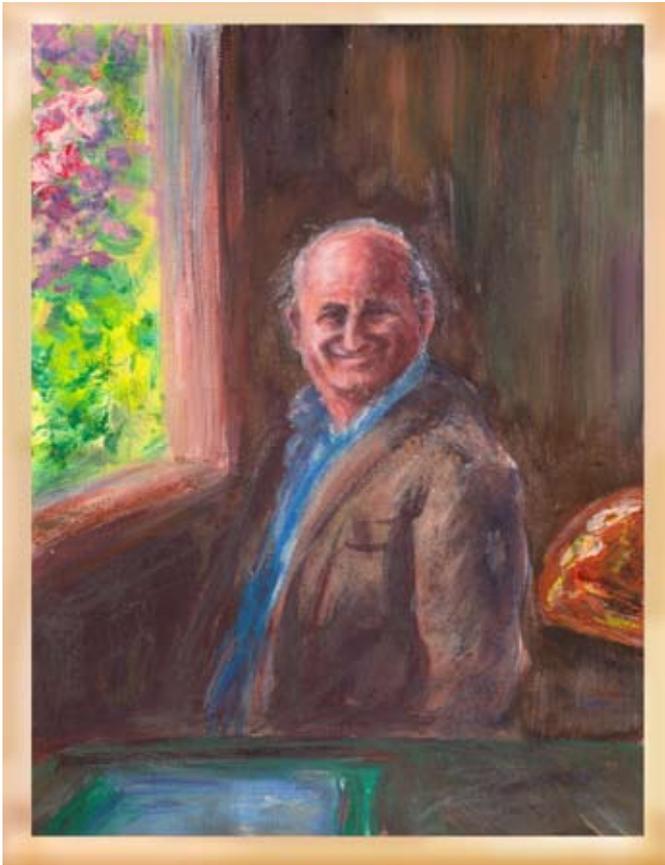


Jenaer Impressionen



Reklame

Warum Sie sich malen lassen sollen? Weil Sie es können



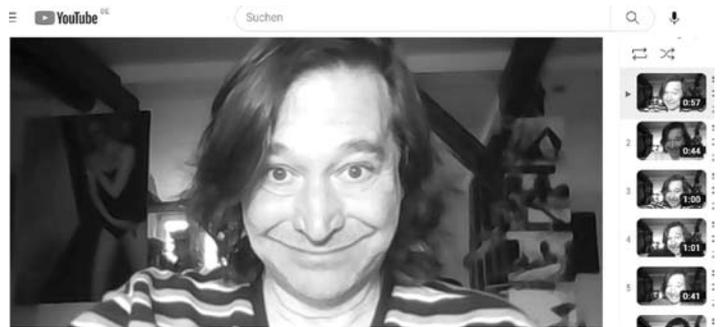
Günstiger, als Sie denken
So was für nur 1.400 Euro
(03641) 619434



Das relative Highlight
für Ihr Betriebsfest oder
Ihre Coronaparty

ANERKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN
VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN
03641-619434 in und um Jena
ab 300,- €

Müssen Sie gucken



Senior-Influencer

Auf Youtube oder www.zellerzeitung.de



www.buchhaus-loschwitz.de



www.solibro.de

Ende der Reklame



Große Bühne für kleine Literaturform

Gemeinschaftsproduktion der Stadttheater geht an den Start mit Inszenierung der Brandbriefe prominenter Kulturschaffender



In der Szene der Briefe mit Forderungen an die Politik sind sie keine Unbekannten, die prominenten Kulturschaffenden aller Sparten. Aber eignen sich die Schriften auch für die darstellenden Künste auf den Brettern, die die Weltoffenheit bedeuten? Wer dies für unmöglich hielt, muss nun umdenken. Die Städtischen Bühnen proben nicht nur den Aufstand, sondern die Performance. „Die Kulturschaffenden machen sich mit ihren Bekundungen nackt, und wir suchen Bilder dafür“, erklärt der Chefdramaturg die neue Theatersprache, an der dafür gearbeitet wird.

Frau am Küchentisch beginnt, sich damit abzufinden, dass Robert Habeck wohl doch nicht kommt



Es sind die Geschichten, wie sie das Leben konzipiert und sonst niemand. Die Anhängerin von Robert Habeck war eine der ersten, die sich meldeten, als der Spitzenkandidat und designierte Kanzler anbot, an Küchentische zum Diskutieren zu kommen. „Ich habe sofort das Aufräumen eingestellt und die Küche ausgeleuchtet“, sagt die örtliche Frau. Auf eine Antwort wartete sie indes vergeblich. „Das verstehe ich, er hatte viel zu tun und unzählige Angebote“, verdeutlicht sie. „Aber nach der Wahl müsste er doch jede Menge Zeit haben, natürlich nicht so viel wie ich, ich würde mich ja nach ihm richten.“ Ob das Warten noch Sinn hat, weiß natürlich niemand. Möglich ist alles.

Faktencheck: Grollausdruck „Friedela Merzel“ entbehrt jeglicher Grundlage



Gute Nachrichten sind die besseren Informationen



In der Informationsgesellschaft geht es darum, die besseren Informationen zu haben. Das sind nun mal nicht die störenden, spaltenden, die Debatte aufheizenden. Wer es nötig hat, solche zu benutzen, zeigt sich damit als verantwortungslos und kann sich nur deshalb als Journalist bezeichnen, weil das alle dürfen. Qualitätsjournalismus geht anders, den können nicht alle. Wichtig ist, dass die Leser nicht den Kompass verlieren. Nicht alles müssen sie verstehen können, aber wenn etwas unzureichend erklärt wird, ist es unsere Nase, an die wir uns ruhig selber fassen müssen.

In einschlägigen Ecken beobachteter Netzwerke sagt man immer häufiger den Ausdruck aus der Grollsprache Friedela Merzel. Aber stimmt das überhaupt? Der Faktencheck kommt zu einer klaren Studie. Weder Friedela noch Merzel sind von der dichterischen Freiheit gedeckt, die Korrekturprogramme zeigen an, dass diese Wörter gar nicht existieren. Wer sich ihrer dennoch bedient, tut dies in unverhohlener Absicht, den Boden für Wasser auf seine Mühlen zu bereiten.